

VERANSTALTUNGSDOKUMENTATION

Genug gejamert, 3. Dezember 2015

Eine Dokumentation von Vivienne Sommer

Die Schutzsuche Geflüchteter in Europa, so auch in Deutschland, beherrschte die letzten Monate die Schlagzeilen der Tageszeitungen. Ein genauer Blick auf diese zeigte jedoch vor allem Unsicherheiten. Die europaweite und auch bundesdeutsche Politik zeigte sich uneinig und unschlüssig, die Bürger gespalten bis überfordert. Gerade die Medien, als Verbindungsstück zwischen politischem Geschehen, sowie auch wissenschaftlicher Einschätzung und der Bevölkerung, könnten hier für mehr Aufklärung sorgen.

Auch die Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen-Anhalt sieht sich als Plattform des öffentlichen Diskurses. Denn politisches, und dazu gehört auch menschenrechtliches Geschehen, in anderen Ländern, das Menschen schließlich zu einer Flucht treibt, geht uns ebenso etwas an, wie das gesellschaftliche Umfeld, in dem diese Schutzsuchenden in Deutschland aufgenommen werden.

Die Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen-Anhalt hat sich daher zur Aufgabe gemacht, sich mit den Unsicherheiten, die sich auch im Raum Halle (Saale) und Sachsen-Anhalt aufaten, auseinanderzusetzen.

Am 3. Dezember 2015 luden wir im Puschkinhaus zu der Podiumsdiskussion „Genug Gejamert“ ein. Ein gewollt provozierender Titel, der unseren Eindruck widerspiegelte, dass viele individuelle Sorgen kursierten, es jedoch an einer fundierten Einschätzung der politischen Möglichkeiten sowie lebensweltlichen Situation der Menschen fehlte, die sich nach einem sicheren Ort zum Leben sehnen.

Zu dieser **Suche nach Lösungen zur gelingenden Aufnahme Geflüchteter** luden wir Euch und Experten_innen ein. So hatten wir Prof. Dr. Oliver Holtemöller vom Institut für Wirtschaftsforschung Halle und den Politik- und Migrationsforscher Dr. Oliviero Angeli vor Ort. Genauso wie Robert Fietzke im Namen des Flüchtlingsrates Sachsen-Anhalts, Oliver Paulsen für die Stadt Halle (Saale) und Ute Larsen, die als freiwillige Helferin am Balkan war.

Eine nicht gerade kleine Runde, die unserem Anspruch gerecht werden sollte, mehrere Perspektiven in ein Gespräch zu bringen und uns mit neuen Denkanstößen zu versorgen.

Rückblick auf die Podiumsdiskussion

Zu Beginn gab uns Ute Larsen mit ihrem Reisebericht einen Einblick in die Erfahrungen Geflüchteter, die in einer Registrierungsstation im kroatischen Opatovac ankamen und vorerst aufgenommen wurden. Opatovac liegt nah an der serbischen Grenze, aber auch an der zu Bosnien und Herzegowina und Ungarn. Die Zahl der diesen Punkt passierenden flüchtenden Menschen geht in die Zehntausende.

Vom 22. bis zum 27. September war Ute Larsen vor Ort und zeigte uns Bilder, die sie und Mitreisende Helfer vor Ort aufnahmen. Menschen unterschiedlicher Nationalitäten und Sprachen stehen Schlange vor dem Eingang des Lagers. Ute Larsen beschrieb wie die Wartenden nach Kilometer langen Märschen dort nun verharren mussten, häufig hungrig und durstig, und teilweise dem Regen ausgesetzt. Sie wies vor allem auch auf die unterschiedlichen Konditionen dieser Menschen hin. Hier stehen Alte, Kinder, schwangere Frauen, kranke oder verletzte Menschen neben vielleicht äußerlich gesunden, aber verunsicherten oder verängstigten Menschen. Manchmal kamen auch mehrere Busse des Nachts an. Ute Larsen beschrieb wie es sogar einmal 30 vollbesetzte Bussen waren. Als das Lager etabliert wurde, waren weder das Rote Kreuz noch das UNHCR (The UN Refugee Agency, das Flüchtlingswerk der Vereinten Nationen) vor Ort. Daher musste die humanitäre Versorgung, das heißt sowohl die medizinische als auch die hygienische, von den freiwilligen Helfern vor Ort organisiert und getragen werden. Diese Helfer stammten genauso wie die Geflüchteten aus unterschiedlichen Ländern. Die Geflüchteten konnten zu dieser Zeit nicht alle in Zelten untergebracht werden. Es wurden Decken ausgeteilt, die jedoch nicht lange nutzbar waren. Es folgte der Hinweis darauf, dass Müllberge, die in unterschiedlichen Medien zu sehen sind, wenn Flüchtlingslager gezeigt werden, auf keinen Fall auf den gewollten Umgang mit Abfällen zurückzuführen ist. Vielmehr fehlte es an hygienischer Versorgung, zu der auch ausreichend Schlafplätze und Waschmöglichkeiten gehören, um eine Grundsauberkeit zu gewährleisten. Neben dem Versorgungsproblem, stieß Ute Larsen ein weiteres an: Es sei nicht möglich in einem solchen Lager vor Ort Menschen aufzuteilen in mögliche Asylhalter und Zurückzuschickende. Sie appelliert an die EU- und auch Bundespolitik als potenzielle Leidverminderer, und eben nicht Wegversperrer für Menschen, die nicht ohne Grund einen solch anstrengenden und auch gefährlichen Weg auf sich nehmen, um ihre Heimat zu verlassen.

Es fand sich schnell eine Basis für die anschließende Diskussion. Alle Podiumsgäste waren sich einig, Menschen, die aus einer Not heraus fliehen, dürfen nicht abgewiesen werden, ihnen muss vielmehr geholfen werden. Dass Menschen aus unterschiedlichen Ländern aufgrund existenzieller Nöte, wie Hunger, Gewalt und Unterdrückung, fliehen, sei zudem nicht überraschend, nein, sogar hervorsehbar gewesen. Das bisherige Wegschauen, gerade auch der wirtschaftlich stärkeren und sicheren Länder, womit sich vor allem der starke Kern der EU angesprochen fühlen sollte, hat zu einem guten Teil zur jetzigen strukturellen und auch emotionalen Überforderung geführt und muss enden.

Genauso wichtig wie dieses moralische und ethische Grundverständnis von gegenseitiger Hilfe im internationalen Rahmen ist die Feststellung der tatsächlich erforderlichen Hilfestellung, die hier geleistet werden muss. Oder leichter gesagt: wir müssen uns damit befassen, wer für wie lange bleibt, nachdem wir geklärt haben, dass Krieg und die Bedrohung des individuellen Lebens als warum mehr als ausreichend sind.

Prof. Holtemöller bemerkte, dass etwa eine Million Zuwanderer im Jahr 2015 nach Deutschland kamen. Allerdings sei diese Zahl genauer zu untersuchen, denn sie ist brutto zu verstehen, das heißt nicht alle diese Menschen bleiben auch hier. Vielmehr sind es etwa 900 000, die bleiben. Und das ist auch nicht die Anzahl der geflüchteten Menschen, sondern aller neuen Zuwanderer. Geflohene Menschen sind davon 600 000 . Es ist also mit Vorsicht zu genießen, Zuwanderer nur als Zahlen zu benennen.

Dass diese Menschen mit der EU und vor allem auch Deutschland in eines der wirtschaftlich stärkeren und sichersten, und hiermit ist tatsächlich vor Unterdrückung und Gewalt geschützt zu sein, Gebiete fliehen, ist nicht verwerflich, sondern rational eine komplett nachvollziehbare Entscheidung. Dies sei ist ein logischer Effekt des vorhandenen Wohlstandsgefälles, erklärte Prof. Holtemöller. Weiterführend erläuterte Dr. Angeli, dass hier zwei unterschiedliche Prinzipien mit zwei unterschiedlichen Konsequenzen aufeinander trafen. Zum einen das Recht auf Asyl und zum anderen die Bewegungsfreiheit.

Das Recht auf Asyl meint den Schutz von politisch Verfolgten beziehungsweise aus einem Kriegsgebiet fliehenden Menschen. Hier liegt der Fokus darauf, diese an einem für sie sicheren Ort aufzunehmen. Nicht enthalten ist jedoch wo dieser Ort sein muss. Die Entscheidung darüber in welches spezifische Land ein Individuum gehen möchte nennt sich Recht auf Bewegungsfreiheit. Innerhalb der EU ist dieses auch unter dem Begriff „Freizügigkeit“ bekannt. Als EU-Bürger ist einem dieses Privileg häufig nicht mehr bewusst. Für einen Menschen, der außerhalb der EU seine Heimat verlassen muss, kann es jedoch ziemlich beängstigend sein so ein großes Stück an Entscheidungsfreiheit aufzugeben. Schauen wir auf die Rationalität der Entscheidung für ein besonders sicheres Land als zumindest temporäres Fluchtziel, wenn nicht sogar neue Heimat, dann stellt sich definitiv die Frage, ob es legitim ist, dass diese Bewegungsfreiheit in der EU für nicht EU-Bürger nicht gewährleistet ist. Wir müssen uns also bewusst machen, dass nur die Geburt in einem Gebiet zur nationalen Zugehörigkeit eines Menschen führt, welche wiederum mit mehr oder weniger Privilegien einher geht, und nichts anderes. Die Frage nach der Nationalität, so stellte Dr. Angeli fest, ist also hinfällig, wenn wir uns auf die Bewegungsfreiheit beziehen würden.

Derzeit stellt das Recht auf Asyl die Frage der Herkunft jedoch, da EU-Staaten entschieden haben Länder in sichere und unsichere Herkunftsländer einzuteilen. Die mehr Bedrohten dürfen sozusagen zuerst. Moralisch erscheint dies verwerflich, trotzdem muss eine Vorgehensweise her, die möglichst vielen Menschen aus einer lebensbedrohlichen Situation heraus verhilft. Dass selbst die meist bedrohten Menschen einen Kilometer langen Fußmarsch, teure und lebensbedrohliche Reisen in kleinen, nicht hochseetauglichen Booten, Fahrten in überfüllten Bussen, auf sich nehmen müssen, sei hier kritisch angemerkt.

Was passiert denn nun mit geflohenen Menschen, die Zuflucht in Sachsen-Anhalt, beziehungsweise Halle (Saale) finden? Sie kommen in Erstaufnahmestellen, in denen sie maximal drei Monate bleiben dürfen, erklärte Robert Fietzke. Danach würden sie auf die Kommunen verteilt. Das funktioniere soweit auch, die größten Probleme seien die Art der Unterbringung und der Umgang mit minderjährigen Geflüchteten. Zu ersterem erzählte uns Robert Fietzke von einem beispielhaften Zustand in der Zast (Zentrale Aufnahmestelle) in Halberstadt in Sachsen-Anhalt. Einige Monate zuvor war er im Namen des Flüchtlingsrates zusammen mit anderen vor Ort gewesen und überfüllte Trakte und eine von 250 Menschen bewohnte Turnhalle ohne funktionierende Sanitäreanlage vorgefunden. Schwangere, Kinder und Säuglinge schliefen alle nebeneinander in dieser Turnhalle. Viel zu viele Menschen mussten sich die Toiletten und Waschräume teilen, die noch funktionierten. Nach einer Pressemitteilung des Flüchtlingsrates hatte die Landesregierung dann regiert und Zelte aufgestellt. Dies war zunächst eine Lösung, jedoch auf Dauer auch nicht zufriedenstellend. Stück für Stück wurden bessere Lösungen als Zelte und Turnhallen aufgetan.

Halle hat zwei Aufnahmestellen, erklärte Oliver Paulsen, die durch Medien bekannteste ist das Maritim mit einer Kapazität von etwa 550 Menschen. Das bedeutet, dass jeweils zwei Personen ein Einzelzimmer beziehen. Nebenstellen, die allerdings nur um die 80 Menschen aufnehmen können, sind ebenfalls über die Stadt und das Land verteilt. Sachsen-Anhalt hat 2015 insgesamt etwa 41 000 Flüchtlinge aufgenommen und registriert. Allerdings muss auch mit dieser Zahl wieder mit Bedacht umgegangen werden. Etwa 13 000 davon haben bis zum Ende des Jahres das Bundesland bereits wieder verlassen. Und für die anderen läuft das Asylverfahren noch.

Wie mit den Kindern und Jugendlichen Bewohnern umgehen, die ohne ihre Eltern auch keinen Rechtsbeistand haben? Hier seien unter anderem die Jugendämter gefragt, aber es brauche vor allem auch mehr Sozialarbeiter. Während auch hier viele Ehrenamtliche unterstützen, müssen neue Stellen geschaffen werden. Ein nicht einfacher Job, der sich in dem Moment von einem sozialen in einen politischen wandelt, wenn die neu gewonnenen Bekannten oder auch Freunde letztendlich nicht bleiben dürfen und dies auf Unverständnis der Helfer trifft, die sich fast täglich mit den Zuwanderern und ihren individuellen Bedürfnissen und auch Leistungen auseinander gesetzt haben.

Häufig fällt im Gespräch über Flüchtlinge unter den Tisch, dass die Tatsache der Flucht nicht bedeutet, dass diese keine Abschlüsse oder erlernten Berufe haben, denen sie auch in einem anderen Land gern nachgehen würden. Das Warten auf ein wieder geordnetes und auch privates Leben ist keinesfalls ein Zustand, den sich die Mehrzahl der Menschen wünscht. Dies gilt für Geflüchtete genauso wie für Ansässige.

Im Moment schaffen wir es noch nicht einmal ohne die Flüchtlingszuwanderung allen Menschen zu einem guten Abschluss, einer sicheren Arbeitsstelle und einem adäquaten Leben zu verhelfen, beschrieb Prof. Holtemöller. Die Landespolitik sei bereits jetzt überfordert mit der Schulsozialarbeit, unabhängig davon, ob diese ansässige oder zugewanderte Jugendliche zu einem gesicherten Leben verhelfen soll. Er betonte, Kosten fielen jetzt an, mögliche Erträge sind in der Zukunft zu verzeichnen. Das sei ein nicht zu unterschätzendes Problem der Synchronisation. Wir wenden jetzt, 2015, schon ein viertel Prozent des Bruttoinlandproduktes auf, und 2016 schätzungswiese ein halbes Prozent. Und die Unterbringung und Versorgung ist immer noch unzulänglich. Da sei noch kein Geld für Bildungsmaßnahmen und ähnliches enthalten.

Weiterhin erläuterte er: Bei Zuwanderern, die nicht aus Fluchtmotiven herkommen, die also einen Arbeitsplatz hier bereits in Aussicht haben, dauere es im Durchschnitt sieben Jahre bis die Beschäftigungsquote dieser Gruppe der Beschäftigungsquote der Einheimischen entspricht. Bei Flüchtlingen dauere es sogar doppelt solange. Diese Zeit müsse überbrückt werden. Es brauche Geld für die Integration und das soziokulturelle Existenzminimum. Wir müssen Prioritäten setzen. Begrenzte Ressourcen bedeute, wir müssen Geld für diesen Bereich ausgeben, statt für etwas anderes. Die Diskussion um die Kosten und Prioritäten müsse geführt werden.

Dr. Angeli nahm den Investitionsgedanken auf, und betont, dass es zwar den Anschein macht als würden erhebliche Kosten auf uns zukommen, es jedoch notwendig sei sich das genauer anzusehen. Die Kosten würden nämlich spezifische Gruppen betreffen, und hier vor allem die in Konkurrenz stehenden früheren Zuwanderer, die Nischen in der

Arbeitswelt für sich eingenommen haben. Längerfristig seien die Kosten für einen Mehrheit der Bevölkerung gar erheblich, wenn überhaupt spürbar vorhanden.

Die Bereitschaft Ressourcen aufzuwenden ist gegeben, es muss aber auch direkt ausgesprochen und geplant werden. Wenn uns die Integration gelinge, dann könne die deutsche Gesellschaft, gerade in Hinsicht auf den demografischen Wandel, von der Zuwanderung profitieren.

Auch Dr. Angeli sieht die Notwendigkeit von Zuwanderung allein schon aus demografischen Gründen. Selbst wenn das zunächst Mehrkosten in bestimmten politischen Förderungsfeldern bedeute, sollte nicht vergessen werden, dass es auch immer zugleich Profiteure gibt. So zum Beispiel die Eigentümer, die den Kommunen zumeist für ein Mehrfaches des vorherigen Kaufpreises Immobilien überlassen, um neue Unterkünfte und Sozialwohnungen zu realisieren. Die Kosten, die eine vollständige Integration und letztendlich einen Gewinn für die Allgemeinheit bringen würde, müssten der Idee der Einkommensgerechtigkeit entsprechen. Eigentum könnte so zum Beispiel höher besteuert werden. Auch Prof. Holtemöller sieht die Einkommensungerechtigkeit als eine der entscheidenden Schwachstellen des wirtschaftlichen und sozialen Systems, die zu Integrationsproblemen und zu starker Zuwanderung in Ländern mit Wohlstand führen. Aber auch zu Randgruppen innerhalb der Bevölkerung, wie, bleiben wir in der aktuellen Problematik, rechte Aktivisten. In Ostdeutschland müsse das Problem der Fremdenfeindlichkeit endlich zugegeben werden, um Lösungen zu finden. Bereitschaft dazu sei in der Politik bislang nicht. Vielmehr würde von Politik und Medien genutzt, dass andere Themen dies überlagern können.

Robert Fietzke stimmte zu, Integration beträfe nicht nur die Zuwanderer, es sei ein gemeinsames Problem, eine gemeinsame Aufgabe. Zum einen dürfe Integration nicht mit Assimilation, also der reinen Anpassung an ein scheinbar deutsches Normenkonzept verwechselt werden, zum anderen bestehe in europäischen Ländern, wie auch Deutschland, bereits ein Integrationsproblem innerhalb der Bevölkerung. Dies sei ein entscheidender Grund für den zunehmenden Rechtsdruck. Wer Flüchtlingsunterkünfte anzünde, sei auch nicht integriert in die deutsche Gesellschaft, verhalte sich nicht nach allgemein anerkannten Normen im Land. Leider sind diese Menschen jedoch zumeist nicht gemeint, wenn das Wort Integration fällt. Ein Fehler, so erklärt Robert Fietzke, der im eigenen Umfeld und auch selbst Anfeindungen bis hin zur Drohungen in Form von Demolierung des eigenen Büros und dem immer wieder genutzten Bild eines Galgens mit dem eigenen Namen als zukünftig Erhängter erlebt hat. Die Reaktion der kommunalen Politik fiel hier auch enttäuschend gering aus.

Es darf eben nicht vergessen werden, dass Politiker wiedergewählt werden wollen und sich dementsprechend auch viel zu häufig an der Stimmung der Bevölkerung orientieren als daran zu arbeiten die Kooperation der Menschen zu verbessern. Deshalb, so Paulsen, seien Projekte wie die Realisierung der Gasthörererschaft durch den Studierendenrat der Universität Halle-Wittenberg das richtige Signal. Für zugewanderte Kinder gelte auch hier das Schulrecht und sie werden so auf Klassen in den Kommunen verteilt, dass diese nicht zu groß werden. Auch werde daran gearbeitet die Kommunikation zwischen jugendlichen Zuwanderern und Anbietern von Ausbildungsplätzen zu verbessern. Gerade für die jüngste Generation kann die Integration einfach werden, wenn diese in

Krippen und Kindergärten aufgenommen werden und Deutschland als ihre neue Heimat erleben dürfen.

Zusammenfassend blieb zu sagen, dass Zuwanderung nicht nur eine Chance für Länder wie Deutschland ist, sondern eine Notwendigkeit. Die aktuelle Panikmache und die viel zu negativ behaftete Kostendebatte, überschattet die Tatsache, dass selbst ein wirtschaftlich starkes Land wie Deutschland nicht ohne ausreichend Nachwuchs so weiterfunktionieren kann. Wenn sich eines gezeigt hat in den letzten Monaten, dann dass die Politik und mit ihr auch viele von uns zu lange weggeschaut haben, wenn es um die gescheiterte Integration bereits vor der stärkeren Zuwanderung ging. Förderung von sozialer Kooperation und neue Lösungen für das Wohlstandgefälle waren zuvor bereits mehr als notwendig und haben Menschen ausgeschlossen und zu etwas gemacht, dass die Presse bereits 2010 liebevoll und zugleich mit einem unterschätzendem und fast verherrlichendem Unterton „Wutbürger“ genannt hat. Menschen eine Heimat zu bieten, ob Übergangsweise oder längerfristig, ist nicht nur moralisch richtig, sondern auch für uns ein wichtiger Schritt der Selbsterkenntnis und des Umdenkens wenn es um die Strukturen und das soziale Gefüge im eigenen Land geht.

Wir danken den Anwesenden, sowohl den Expert_innen als auch dem Publikum und ebenso den Mitarbeiter_innen des Puschkinhauses und der Technik, für diesen Abend.